



Aktueller Begriff - Europa

Die Europäische Union unter spanischer Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar 2010 hat Spanien von Schweden die Ratspräsidentschaft für das erste Halbjahr 2010 übernommen. In seinem Arbeitsprogramm „Europa erneuern“ nennt der spanische Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU) vier Schwerpunkte: die zügige und vollständige Umsetzung des am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrages von Lissabon; die Wiederbelebung der Wirtschaft durch eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Verständigung auf eine neue Strategie „EU 2020“; in der Außenpolitik soll die EU als effizienter und verantwortungsbewusster globaler Partner sichtbar werden, und schließlich sind die Bürger der EU in den Mittelpunkt der Politik zu stellen, indem weitere Initiativen zur Förderung der Bürgerrechte und -freiheiten entwickelt werden.

Als oberste Priorität seiner Ratspräsidentschaft sieht Spanien die zeitnahe und **vollständige Umsetzung des Vertrages von Lissabon**. Dazu gehören die Unterstützung des neuen Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, die Errichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes sowie der solidarische Beistand der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Terrorismus und bei menschlichen Tragödien sowie Naturkatastrophen.

Einen zweiten Fokus legt der spanische Vorsitz auf die **Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und nachhaltiges Wachstum** durch Koordination der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Verabschiedung einer neuen Strategie für Wachstum und Beschäftigung (in der Nachfolge der Lissabon-Strategie) und die bessere Überwachung und Regulierung des Finanzsystems der EU.

Zwar sollen die zur Stabilisierung der Wirtschaft ergriffenen Maßnahmen nicht zu früh

zurückgenommen werden, doch sollen Zeitpunkt und Umfang ihrer Beendigung auf Ebene der EU durch verbindliche Fristen koordiniert werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollen möglichst schnell wieder erfüllt werden. Ferner wird die Umsetzung der vom Europäischen Rat im Dezember 2009 beschlossenen **Reform der EU-Finanzaufsicht** angestrebt: Das Europäische System für Finanzaufsicht (ESFS) und der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) sollen bis Ende 2010 ihre Arbeit aufnehmen. Spanien will außerdem auf die Annahme der Vorschläge zur Finanzmarktregulierung (Richtlinie über die Verwalter von *Hedge Fonds* und *Private Equity*, Änderung der Eigenkapitalrichtlinie und der Prospektrichtlinie) hinwirken. In der Strategie **EU 2020** sieht die Ratspräsidentschaft das geeignete Koordinierungsinstrument für ein neues Wachstumsmodell, basierend auf Nachhaltigkeit in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Die Wettbewerbsfähigkeit der EU auf dem globa-

Nr. 02/10 (22. Januar 2010)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

len Markt soll durch Investitionen in Forschung, Verbesserung des wissenschaftlichen Austausches und die Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik erreicht werden. Die Entwicklung alternativer Energien soll entscheidend vorangebracht werden. Um für die neuen Sektoren qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen, soll die Ausbildung in den Mitgliedstaaten den neuen Anforderungen angepasst sowie die Mobilität der Beschäftigten und Auszubildenden zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden.

Im Rahmen der **Außen-, Sicherheits- und Kooperationspolitik** will der spanische Vorsitz die transatlantischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika sowie Kanada vertiefen, um Lösungsansätze für die globalen Probleme wie Klimawandel und internationaler Terrorismus zu erarbeiten und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu stärken. Die strategische Partnerschaft mit den **Staaten Lateinamerikas und der Karibik** soll eine neue Qualität erhalten. Spanien strebt ein Assoziierungsabkommen der EU mit dem Zentralamerikanischen Integrationsystem und Handelsabkommen mit mehreren Andenstaaten sowie dem Gemeinsamen Markt des Südens (Mercosur) an. Im Mai 2010 sind EU-Gipfeltreffen mit Mexiko, Chile, der Andengemeinschaft, dem Mercosur und insbesondere der EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel in Madrid geplant; dort soll ein Arbeitsprogramm für die bi-regionale Kooperation erarbeitet werden. Spanien möchte bis Ende 2010 die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Gründung einer Stiftung EU-Lateinamerika/Karibik erreichen.

Besondere Bedeutung misst der spanische Vorsitz der weiteren Entwicklung der **Mittelmeerunion** bei. Das Projekt einer Freihandelszone im Mittelmeerraum soll auf dem Gipfeltreffen am 7. Juni 2010 in Barcelona, dem Sitz des ständigen Sekretariats, vorangetrieben werden.

Auf dem EU-Japan-Gipfel am 28. April 2010 sollen die wachsenden engen Beziehungen erneuert werden (Überarbeitung des EU-Japan-Aktionsplans). Auch soll die auf dem 2. EU-Afrika-Gipfel im Dezember 2007 verabschiedete Gemeinsame Afrika-EU-Strategie umgesetzt werden, um demokratische Entwicklungen zu unterstützen und das Krisenmanagement zu vereinfachen. Ferner werden Fortschritte angestrebt bezüglich der Umsetzung des beschlossenen Ziels, bis Ende 2010 die Hilfe für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,56 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen.

Schließlich setzt die spanische Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf die **Stärkung der Bürgerrechte und -freiheiten**. Die Vorbereitungen für eine neue Sozialagenda 2011 bis 2015 sollen ebenso unterstützt werden wie die Gleichstellung von Frauen und Männern. Spanien schlägt vor, eine Beobachtungsstelle zu schaffen, die sich dem Komplex „Gewalt gegen Frauen“ und dem Opferschutz widmen soll. Die Umsetzung des Stockholmer Programms soll den gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts weiter verwirklichen. Zur Bewältigung der Einwanderungsströme soll im Rahmen des Europäischen Pakts für Einwanderung und Asyl eine bessere Koordination stattfinden.

Quelle:

Programm der spanischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union, Innovating Europe (leider nicht in deutscher Sprache verfügbar), abrufbar unter:

http://www.eu2010.es/export/sites/presidencia/comun/descargas/Spanish_Presidency_Program.pdf (Stand: 22. Januar 2010).